



Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann MdEP

Mitglied des Europäischen Konvents

Rede auf der Plenartagung des Konvents, Brüssel, 16. April 2002

### **Eine Sozial- und Beschäftigungsunion für Europa**

Herr Präsident!

Ich habe mir vorgenommen, die vier Fragen in aller Kürze zu beantworten, und ich beginne mit der vierten. Die Entwicklung und die Zukunft der Europäischen Union müssen offen bleiben. Deshalb sollten auch die Aufgaben nicht für alle Zeiten festgeschrieben werden. Es sind doch die Mitgliedstaaten, die der Union Zuständigkeiten übertragen, und sie müssen das auch künftig tun können. Daraus folgt wiederum, dass auch die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten nicht ausdrücklich festgeschrieben werden sollten.

Wenn das so bleibt - wofür ich bin -, dann wachsen Zuständigkeiten der Union auch nicht unkontrolliert ins Uferlose. Ich wundere mich schon, wenn immer wieder behauptet wird, die Union würde zu viele Aufgaben an sich ziehen, und das behaupten ja sogar Regierungsvertreter. Tatsache ist doch vielmehr, dass europäische Regelungen ohne Zustimmung von Regierungen im Ministerrat unmöglich sind. Aus all dem folgt in aller Kürze, dass ich einen Zuständigkeitenkatalog nicht für sinnvoll halte, und ich finde, es ist ein sehr wichtiges Ergebnis unserer Beratung, dass die meisten Kolleginnen und Kollegen dies auch festgestellt haben.

Nun zur ersten Frage: Ich finde es zwingend, dass die Aufgaben der Union erweitert werden, und ich möchte dazu nur ein einziges Beispiel nennen: Gemäß Artikel 2 EU-Vertrag hat sich die Union das Ziel gesetzt, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sowie ein hohes Beschäftigungsniveau zu fördern. Auch die EG hat das in Artikel 2 EG-Vertrag so festgeschrieben. Das Problem ist nur, dass diesen schönen Worten

eben auch Taten folgen müssen. Das heißt, die bislang unverbindlichen Ziele müssen zu verbindlichen Aufgaben der Union werden, und hier vertrete ich wirklich die absolut entgegengesetzte Position zum Kollegen Teufel. Wenn es um die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Menschen in die Union geht, dann müssen Zielen natürlich auch Taten folgen.

Hinzu kommt in diesem Zusammenhang, dass wir eine Wirtschafts- und Währungsunion haben und diese eingeständenermaßen die sozial- und beschäftigungspolitische Handlungsfreiheit auf nationalstaatlicher Ebene einschränkt. Ich nenne nur das Stichwort Maastrichtkriterien. Deshalb bedarf es im Interesse auch von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erst recht Regelungen auf Gemeinschaftsebene. Wenn dann - wie es zum Beispiel eine große Volkspartei in Deutschland in einer aktuellen Bundestagsdrucksache tut - Sozialpolitik als "Ventil zum Ausgleich unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungskraft der Mitgliedstaaten" definiert wird, dann finde ich das sehr bedenklich, denn langfristig wird damit der politische Zusammenhalt in der Union ernsthaft gefährdet. Soziale Sicherheit ist keine Variable des Wettbewerbs, sondern individuelles Grundrecht jeder Bürgerin und jedes Bürgers, und deshalb möchte ich auch ausdrücklich all die Kollegen unterstützen - Herrn De Rossa, Herrn Barrau, Frau Lichtenberger oder auch meine Kollegin Frau Van Lancker -, die im Rahmen dieser Diskussion auf die Stärkung der sozialen Dimension als Zukunftsaufgabe der Union hingewiesen haben